

FLU warnt vor „massiven Steuererhöhungen“

Der Haushaltsausgleich gelinge nur durch einen Bilanztrick, sagt die Freie Liste Unna.

Von Thomas Raulf

Unna. Bei der Freien Liste Unna (FLU) trifft der Haushaltsentwurf für Unna auf Ablehnung. „Trotz dramatischer Einnahmeverluste wird bei den Ausgaben noch immer so getan, als gäbe es die Krise nicht“, sagt der FLU-Fraktionsvorsitzende Klaus Göldner.

Haushaltsausgleich nur durch einen „Trick“

Der Haushaltsausgleich für 2021 sei nur möglich durch einen „gesetzlich sanktionierten ‚Trick‘, indem man alle vermeintlich oder tatsächlich durch Corona entstandenen Verluste in einer eigenen Bilanz aufführt“, so Göldner. Und weiter: „Ab 2024 sollen die spezifischen Corona-Schulden dann über 50(!) Jahre in der sicherlich trügerischen Hoffnung getilgt werden, dass bis dahin keine weiteren Krisen zu bewältigen sind.“

Durch den städtischen Haushalt werde „eine Ausgabenpolitik in Unna weitergeführt und forciert, die zwangsläufig zu Leistungsminderungen in fast allen Bereichen, zu massiven Steuer- und Abgabenerhöhungen und zu einer ungerichten Überbelastung folgender Generationen führen muss“.

„Ehrgeizige Hochbaupläne“ sollten geschoben werden, bis die „zurzeit völlig unüberschaubare finanzielle Lage belastbar geklärt ist“. Das Schulneubauprojekt Hertinger Tor nennt Göldner „wünschenswert“ aber „in dieser Lage für Unna überdimensioniert“. Für das Projekt würden Mittel „zusammengekratzt“, andere Projekte dafür nach hinten geschoben. So besitze

der notwendige Neubau der Hellweg-Realschule keine Priorität mehr. Notwendige Straßensanierungen würden unerträglich geschoben oder müssten von Anwohnern gerichtlich erstritten werden.

Für die der Stadt von den Bürgern durch einen verbindlichen Bürgerentscheid aufgegebenen Sanierung der Eissporthalle seien bis zum Jahre 2024 gerade einmal 800.000 Euro im Haushaltsplan eingestellt.

„Wer die Kostenschätzung des ersten Gutachtens für die Eishalle in Höhe von ca. 8 Millionen Euro und die Dauer der Bindungswirkung eines Bürgerentscheides kennt, macht sich Gedanken zur Ernsthaftigkeit der Sanierungsbemühungen“, so Göldner.

Zusatz-Anträge von Fraktionen „unangebracht“

Die FLU verzichte auf eigene Anträge zum Haushalt. Göldner rechnet vor, drei Viertel des Haushaltsvolumens von fast 174 Millionen Euro würden für Transferleistungen, Personal und Pensionslasten ausgegeben. Für alle weiteren Aufgaben und Investitionen bleibe ein Viertel des Geldes übrig. Die Planungen sähen bis zum Jahre 2024 Investitionen in Höhe von circa 57 Millionen Euro vor; Projekte im Wert von circa 130 Millionen Euro befänden sich danach noch in der Warteschleife. Zumindest bis 2024 werde die Stadt voraussichtlich bis zu 7 Millionen Euro pro Jahr weniger einnehmen. „In einer solchen Lage sind Fraktionsanträge, deren Umsetzung Finanzmittel erfordern würden, völlig unangebracht.“